

PRESSEMITTEILUNG

Pflegeversicherung: Jüngere Generation durch solidarischen Ausbau des Vorsorgefonds entlasten

Steigende Pflegekosten treffen vor allem die jüngeren Generationen. Für die aktuelle Studie „Langzeitpflege im Wandel“ hat die Bertelsmann Stiftung verschiedene Szenarien zur künftigen Finanzierung der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) aufstellen lassen und dabei die unterschiedlichen Belastungen für jüngere und ältere Beitragszahler in den Blick genommen. Eine vorgezogene Beitragsanhebung und ein Bundeszuschuss aus Steuermitteln zum Ausbau des Pflegevorsorgefonds wären dazu geeignet, die zusätzlichen Kosten zu decken und zugleich die jüngere Generation zu entlasten.

Gütersloh, 21. November 2019. Eine älter werdende Bevölkerung, ein steigender Pflegebedarf, ein Ausbau der Pflegestellen und eine bessere Entlohnung der Pflegekräfte – all dies wird in den kommenden Jahrzehnten zu einem deutlichen Anstieg der Ausgaben für professionelle Pflege führen. Nach aktuellen Berechnungen des Wirtschaftsforschungsinstituts Prognos im Auftrag der Bertelsmann Stiftung steigt der Beitragssatz zur Sozialen Pflegeversicherung je nach Szenario von derzeit gut drei Prozent auf knapp unter fünf Prozent im Jahr 2050. Die Prognosen zeigen auch, dass von den finanziellen Mehrbelastungen vor allem die jüngeren Generationen betroffen wären. Der Wechsel der geburtenstarken Jahrgänge von der Gruppe der Beitragszahler in die der Empfänger von Pflegeleistungen wird die Situation zusätzlich verschärfen. Der Ausgleich zwischen den Generationen im Umlagesystem der SPV droht aus der Balance zu geraten. Aus den Berechnungen lässt sich ableiten, dass die Finanzierungsgrundlage eine Neujustierung benötigt.

Generationenausgleich innerhalb der Solidarumlage

Angesichts des in der Studie prognostizierten Finanzbedarfs reicht der jetzige Pflegevorsorgefonds für die zu bewältigende Finanzierungsaufgabe ebenso wenig aus wie die von der Versicherungswirtschaft vorgeschlagene Stärkung der Privativorsorge. „Wir brauchen bei der Pflege einen neuen Generationenausgleich innerhalb des solidarischen Umlagesystems. Denn auch an der Vorsorge müssen alle nach ihrer Leistungsfähigkeit beteiligt werden“, sagt Brigitte Mohn, Vorstand der Bertelsmann Stiftung. Die Autoren der Studie haben daher die Finanzierungsoptionen in der SPV insbesondere mit Blick auf ihre Belastungseffekte zwischen den Generationen analysiert.

Die beste Lösungsvariante, um den Ausgabensteigerungen zu begegnen und zugleich mehr Generationengerechtigkeit zu schaffen, besteht der Studie zufolge darin, eine vorgezogene, moderate Anhebung des Beitragssatzes mit einem über die Jahre steigenden Zuschuss aus Steuermitteln zu verbinden. Dieser Bundeszuschuss läge zu Beginn bei jährlich 9,6 Milliarden Euro und würde bis 2050 auf 24,5 Milliarden Euro ansteigen. Die zunächst überschüssigen Mittel könnten dann in den bereits existierenden Pflegevorsorgefonds fließen und dazu dienen, den Beitragssatz bis 2050 stabil bei 3,5 Prozent zu halten. Durch den Ausbau des Fonds würden die künftigen Generationen am wenigsten zusätzlich belastet.

Leistungsfähigkeit aller Versicherten berücksichtigen

Die Einführung eines Zuschusses aus Steuermitteln würde neben einer Entlastung der Beitragszahler auch dazu führen, dass Besserverdienende oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze mit herangezogen würden. Diese sind heute oftmals privat versichert und somit dem

Solidarausgleich der SPV entzogen. „Unabhängig davon müssen wir uns bei der Pflege- wie bei der Krankenversicherung fragen, ob die Aufspaltung in ein gesetzliches und privates Versicherungssystem noch zeitgemäß ist“, so Mohn.

Aufwertung des Pflegeberufs als Empfehlung

Neben der Finanzierung haben die Autoren in der Studie weitere Faktoren untersucht, die für eine zukunftsfähige, bedarfsgerechte und qualitätsorientierte Pflegeversorgung in Deutschland von Bedeutung sind. Dazu zählen insbesondere die verfügbaren Pflegekräfte. Zwar ist der Personalbestand in der ambulanten und stationären Pflege von 2007 bis 2017 um durchschnittlich 25.000 Vollzeitstellen pro Jahr gewachsen. Doch diese Zunahme reicht nicht aus, um den steigenden Bedarf zu decken. Hinzu kommt, dass der Anteil der ausgebildeten Pflegefachkräfte am Gesamtpersonal im selben Zeitraum kontinuierlich zurückgegangen ist. Vor dem Hintergrund höherer Anforderungen und den sich wandelnden Aufgaben in der Langzeitpflege empfehlen die Autoren der Studie, den Pflegeberuf durch ein gestuftes Qualifikationsmodell aufzuwerten. So sollte es mehr Fachkräfte mit einem pflegewissenschaftlichen Hochschulabschluss geben, der hierzulande bisher nur eine marginale Rolle spielt. Wie Erfahrungen aus dem Ausland, etwa in den Niederlanden, zeigen, kann die Qualität der Pflege mit einer höheren Qualifikation der Pflegekräfte und einem intelligenten Fachkräftemix verbessert werden.

Zusatzinformationen

Die hier dargestellte Prognose basiert auf Modellrechnungen von Prognos. Diese wurden mit dem Sozialversicherungsmodell OCCUR durchgeführt. OCCUR (Outlook on Cure, Care, Unemployment and Retirement) ist ein integriertes Prognose- und Simulationsmodell, welches die zukünftige Entwicklung der Finanzierungsströme in und zwischen den Sozialversicherungssystemen detailliert abbildet. Die Berechnungen von Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Sozialversicherungszweige (Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung) werden dabei in einem konsistenten Referenzrahmen zur weltwirtschaftlichen Entwicklung (Prognos-Makromodell VIEW) durchgeführt. Die demografischen Rahmenbedingungen basieren auf der 13. koordinierten Vorausberechnung des Statistischen Bundesamts (Variante 2-A von 2017). Der Prognose zufolge nehmen die nominalen Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Stunde) in den beiden kommenden Dekaden um knapp vier Prozent pro Jahr zu. Die Zuwachsraten für die Bruttolöhne und -gehälter, in denen die Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen nicht enthalten sind, liegen knapp darunter. Gegen Ende der 2030er Jahre, wenn die Dynamik des Anstiegs der Sozialbeiträge nachlässt, pendeln sich die Lohnzuwächse auf einem Niveau von etwa 3,5 Prozent ein. Die Zuwachsraten des realen Stundenlohns liegen bei rund 1,6 Prozent pro Jahr und damit in etwa auf dem Niveau des Produktivitätsfortschritts.

Unser Experte: **Dr. Stefan Etgeton, Telefon: 030 2757 88316**
E-Mail: stefan.etgeton@bertelsmann-stiftung.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Themen: Bildung, Demokratie, Europa, Gesundheit, Werte und Wirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

Weitere Informationen: www.bertelsmann-stiftung.de